

0.1

Hauptsatzung

der Gemeinde Lippetal

vom 13.12.1999

Inhaltsübersicht:

PRÄAMBEL	3
§ 1 NAME, BEZEICHNUNG, GEBIET	3
§ 2 WAPPEN, BANNER, SIEGEL	3
§ 3 GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN	3
§ 4 UNTERRICHTUNG DER EINWOHNER	4
§ 5 ANREGUNGEN UND BESCHWERDEN	4
§ 6 BEZEICHNUNG DES RATES UND DER RATSMITGLIEDER	5
§ 7 DRINGLICHKEITSENTSCHEIDUNGEN	5
§ 8 AUSSCHÜSSE	5
§ 9 AUFWANDSENTSCHÄDIGUNG, VERDIENSTAUSFALLERSATZ	6
§ 10 GENEHMIGUNG VON RECHTSGESCHÄFTEN	7
§ 11 BÜRGERMEISTER	7
§ 12 ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN	7
§ 13 INKRAFTTRETEN	8

Präambel

Aufgrund von § 7 Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit § 41 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NW. Seite 666 ff.) hat der Rat der Gemeinde Lippetal am 13.12.1999 mit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Ratsmitglieder die folgende **Hauptsatzung** beschlossen und zuletzt geändert am 20.12.2010:

§ 1 Name, Bezeichnung, Gebiet

- (1) Die Gemeinde Lippetal wurde am 1.7.1969 aufgrund des Gesetzes zur Neugliederung des Landkreises Soest und von Teilen des Landkreises Beckum vom 24.6.1969 (GV.NW. Seite 300) durch Zusammenschluss der Gemeinden Brockhausen, Heintrop-Büninghausen, Herzfeld, Hovestadt, Hultrop, Krewinkel-Wiltrop, Lippborg, Niederbauer, Nordwald, Oestinghausen und Schoneberg gebildet.
- (2) Das Gemeindegebiet umfasst 126,38 qkm.

§ 2 Wappen, Banner, Siegel

- (1) Der Gemeinde ist mit Urkunde des Regierungspräsidenten in Arnsberg vom 1.7.1971 das Recht zur Führung eines Wappens verliehen worden. Beschreibung des Wappens: Das Wappen zeigt auf Silber (weiß) einen blauen Wellenschrägbalken überbrückt von einem den Schild linksschräg überziehenden goldenen (gelben) Brückenbogen.
- (2) Der Gemeinde ist ferner mit Urkunde des Regierungspräsidenten in Arnsberg vom 1.7.1971 das Recht zur Führung eines Banners verliehen worden. Beschreibung des Banners: Das Banner ist von Blau zu Weiß in zwei gleich breiten Bahnen längsgestreift und zeigt in der oberen Hälfte das Gemeindewappen im Schild.
- (3) Die Gemeinde führt ein Dienstsiegel mit dem Gemeindewappen. Das Dienstsiegel gleicht in Form und Größe dem dieser Hauptsatzung beigedruckten Siegel.
(siehe Originalausfertigung dieser Hauptsatzung)

§ 3 Gleichstellung von Frau und Mann

- (1) Der Bürgermeister bestellt im Benehmen mit dem Rat eine hauptamtlich tätige Gleichstellungsbeauftragte.
- (2) Die Gleichstellungsbeauftragte wirkt bei allen Vorhaben und Maßnahmen der Gemeinde mit, die die Belange von Frauen berühren oder Auswirkungen auf die Gleichberechtigung von Frau und Mann und die Anerkennung ihrer gleichberechtigten Stellung in der Gesellschaft haben.
- (3) Der Bürgermeister unterrichtet die Gleichstellungsbeauftragte über geplante Maßnahmen gemäß Absatz 2 rechtzeitig und umfassend.
- (4) Unbeschadet der Zuständigkeit des Bürgermeisters hat die Gleichstellungsbeauftragte das Recht, an den öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates und der Ausschüsse teilzunehmen und auf Wunsch jederzeit in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches das Wort zu ergreifen.

§ 4 Unterrichtung der Einwohner

- (1) Der Rat hat die Einwohner über allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Gemeinde zu unterrichten. Die Unterrichtung hat möglichst frühzeitig zu erfolgen. Über die Art und Weise der Unterrichtung (zum Beispiel Hinweis in der örtlichen Presse, öffentliche Anschläge, schriftliche Unterrichtung aller Haushalte, Durchführung besonderer Informationsveranstaltungen, Abhaltung von Einwohnerversammlungen) entscheidet der Rat von Fall zu Fall.
- (2) Eine Einwohnerversammlung soll insbesondere stattfinden, wenn es sich um Planungen oder Vorhaben der Gemeinde handelt, die die strukturelle Entwicklung der Gemeinde unmittelbar und nachhaltig beeinflussen oder die mit erheblichen Auswirkungen für eine Vielzahl von Einwohnern verbunden sind. Die Einwohnerversammlung kann auf Teile des Gemeindegebietes beschränkt werden.
- (3) Hat der Rat die Durchführung einer Einwohnerversammlung beschlossen, so setzt der Bürgermeister Zeit und Ort der Versammlung fest und lädt alle Einwohner durch öffentliche Bekanntmachung ein. Die in der Geschäftsordnung für die Einberufung des Rates festgelegten Ladungsfristen gelten entsprechend. Der Bürgermeister führt den Vorsitz in der Versammlung. Zu Beginn der Versammlung unterrichtet der Bürgermeister die Einwohner über Grundlagen, Ziele, Zwecke und Auswirkungen der Planung bzw. des Vorhabens. Anschließend haben die Einwohner Gelegenheit, sich zu den Ausführungen zu äußern und sie mit den vom Rat zu bestimmenden Ratsmitgliedern aller Fraktionen und dem Bürgermeister zu erörtern. Eine Beschlussfassung findet nicht statt. Der Rat ist über das Ergebnis der Einwohnerversammlung in seiner nächsten Sitzung zu unterrichten.
- (4) Die dem Bürgermeister aufgrund der Geschäftsordnung obliegende Unterrichtungspflicht bleibt unberührt.

§ 5 Anregungen und Beschwerden

- (1) Jeder hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen oder Beschwerden an den Rat zu wenden. Anregungen und Beschwerden müssen Angelegenheiten betreffen, die in den Aufgabenbereich der Gemeinde Lippetal fallen.
- (2) Anregungen und Beschwerden, die nicht in den Aufgabenbereich der Gemeinde Lippetal fallen, sind vom Bürgermeister an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Der Antragsteller ist hierüber zu unterrichten.
- (3) Eingaben von Bürgern, die weder Anregungen oder Beschwerden zum Inhalt haben (zum Beispiel Fragen, Erklärungen, Ansichten usw.), sind ohne Beratung vom Bürgermeister zurückzugeben.
- (4) Für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden im Sinne von Absatz 1 bestimmt der Rat den jeweils zuständigen Fachausschuss.
- (5) Der für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden nach Absatz 4 zuständige Ausschuss hat diese inhaltlich zu prüfen. Danach überweist er sie an die zur Entscheidung berechnigte Stelle. Bei der Überweisung kann er Empfehlungen aussprechen, an die die zur Entscheidung berechnigte Stelle nicht gebunden ist.
- (6) Das Recht des Rates, die Entscheidung einer Angelegenheit, die den Gegenstand einer Anregung oder Beschwerde bildet, an sich zu ziehen (§ 41 Absatz 2 und 3 GO NW), bleibt unberührt.
- (7) Dem Antragsteller kann aufgegeben werden, Anregungen oder Beschwerden in der für eine ordnungsgemäße Beratung erforderlichen Anzahl einzureichen. Die Beratung kann in diesen

Fällen bis zur Einreichung der notwendigen Unterlagen ausgesetzt werden.

- (8) Von einer Prüfung von Anregungen und Beschwerden soll abgesehen werden, wenn
 - a) der Inhalt einen Straftatbestand erfüllt.
 - b) gegenüber bereits geprüften Anregungen oder Beschwerden kein neues Sachvorbringen vorliegt.
- (9) Der Antragsteller ist über die Stellungnahme des nach Absatz 4 zuständigen Ausschusses durch den Bürgermeister zu unterrichten.

§ 6 Bezeichnung des Rates und der Ratsmitglieder

- (1) Der Rat führt die Bezeichnung "Rat der Gemeinde Lippetal".
- (2) Die Mitglieder des Rates führen die Bezeichnung "Ratsmitglied".

§ 7 Dringlichkeitsentscheidungen

- (1) Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses oder des Bürgermeisters mit einem Ratsmitglied (§ 60 Absatz 1 und 2 GO NW) bedürfen der Schriftform.
- (2) Dringlichkeitsentscheidungen, die der Bürgermeister mit einem Ratsmitglied trifft, werden von diesen unterzeichnet. Das mitunterzeichnende Ratsmitglied soll der Fraktion des Bürgermeisters nicht angehören.

§ 8 Ausschüsse

- (1) Der Rat beschließt, welche Ausschüsse außer den in der Gemeindeordnung oder in anderen gesetzlichen Vorschriften vorgeschriebenen Ausschüssen gebildet werden. Die Zahl der Ausschussmitglieder soll ungerade sein.
- (2) Der Rat kann für die Arbeit der Ausschüsse allgemeine Richtlinien aufstellen.
- (3) Die Aufgaben des Finanzausschusses werden vom Hauptausschuss wahrgenommen. Dieser führt die Bezeichnung "Haupt- und Finanzausschuss".
- (4) Die Aufgaben des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege werden vom Ausschuss für Sport, Kultur, Schule und Kindergärten wahrgenommen. Sofern Angelegenheiten nach dem Denkmalschutzgesetz behandelt werden, ist zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten der örtlich zuständige Beauftragte für Denkmalpflege als sachverständiger Bürger zu laden, der nur mit beratender Stimme teilnimmt. Für die nachstehenden Bereiche soll je ein ehrenamtlicher Beauftragter für Denkmalangelegenheiten vom Rat bestellt werden:
 - Denkmalbereich 1: Ortsteile Herzfeld, Hovestadt, Nordwald, Schoneberg;
 - Denkmalbereich 2: Ortsteile Lippborg, Hultrop, Heintrop-Büninghausen;
 - Denkmalbereich 3: Ortsteile Oestinghausen, Krewinkel-Wiltrop, Niederbauer, Brockhausen.
- (5) Die Ausschüsse werden ermächtigt, in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches die Entscheidungen dem Bürgermeister zu übertragen. Der Rat kann sich für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für einen Einzelfall die Entscheidung vorbehalten.
- (6) Die Vorsitzenden der Ausschüsse können vom Bürgermeister jederzeit Auskunft über die Angelegenheiten verlangen, die zum Aufgabenbereich ihres Ausschusses gehören; sie haben insoweit zum Zwecke der Unterrichtung ihres Ausschusses auch das Recht auf Akteneinsicht.
- (7) Der Haupt- und Finanzausschuss ist zuständig zur Vorbereitung sämtlicher

Angelegenheiten, die der Entscheidung des Gemeinderates unterliegen. Er ist zuständig für

- a) die Entscheidung über Angelegenheiten, die mit Ausgaben bis zu 250.000 Euro verbunden sind;
- b) Stundungen von Forderungen über 25.000 Euro;
- c) Niederschlagung und Erlass von Forderungen bis zu 25.000 Euro.

§ 9 Aufwandsentschädigung, Verdienstaufällersatz

- (1) Die Mitglieder des Rates erhalten eine Aufwandsentschädigung in Form eines monatlichen Pauschalbetrages und ein Sitzungsgeld nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung für die Teilnahme an Ratssitzungen, Ausschusssitzungen und Fraktionssitzungen. Die Anzahl der Fraktionssitzungen, für die das Sitzungsgeld gezahlt wird, wird auf 12 Sitzungen im Jahr beschränkt.
- (2) Sachkundige Bürger und sachkundige Einwohner erhalten für die Teilnahme an Ausschuss- und Fraktionssitzungen ein Sitzungsgeld nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung. Die Anzahl der Fraktionssitzungen, für die das Sitzungsgeld gezahlt wird, wird auf 12 Sitzungen im Jahr beschränkt. Die Mitglieder des Rates, sachkundige Bürger und sachkundige Einwohner erhalten Aufwandsentschädigungen gemäß Absatz 1 und Abs. 2 auch für Sitzungen der folgenden Gremien: Interkommunaler Volkshochschulausschuss, kleine Kommission und Vergabekommission des Bau- und Planungsausschusses.
- (3) Rats- und Ausschussmitglieder haben Anspruch auf Ersatz des Verdienstaufalls. Der Verdienstaufall wird für jede Stunde der versäumten regelmäßigen Arbeitszeit berechnet, wobei die letzte angefangene Stunde voll zu rechnen ist. Der Anspruch wird wie folgt abgegolten:
 - a) Alle Rats- und Ausschussmitglieder erhalten einen Regelstundensatz, es sei denn, dass sie ersichtlich keine finanziellen Nachteile erlitten haben. Der Regelstundensatz wird auf 12,50 Euro festgesetzt.
 - b) Unselbständigen wird im Einzelfall der den Regelstundensatz übersteigende Verdienstaufall gegen entsprechenden Nachweis, zum Beispiel durch Vorlage einer Bescheinigung des Arbeitgebers, ersetzt.
 - c) Selbständige können eine besondere Verdienstaufallpauschale je Stunde erhalten, sofern sie einen den Regelsatz übersteigenden Verdienstaufall glaubhaft machen. Die Glaubhaftmachung erfolgt durch eine schriftliche Erklärung über die Höhe des Einkommens, in der die Richtigkeit der gemachten Angaben versichert wird.
 - d) Personen, die einen Haushalt mit mindestens 2 Personen führen und nicht oder weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind, erhalten für die Zeit der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt mindestens den Regelstundensatz. Auf Antrag werden statt des Regelstundensatzes die notwendigen Kosten für eine Vertretung im Haushalt ersetzt.
 - e) Entgeltliche Kinderbetreuungskosten, die außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit aufgrund der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt notwendig werden, werden auf Antrag in Höhe der nachgewiesenen Kosten erstattet. Kinderbetreuungskosten werden nicht erstattet bei Kindern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, es sei denn, besondere Umstände des Einzelfalls werden glaubhaft nachgewiesen. In keinem Fall darf der Verdienstaufällersatz den Betrag von 15 Euro je Stunde überschreiten.
 - f) Stellvertretende Bürgermeister nach § 67 Absatz 1 GO NW und Fraktionsvorsitzende - bei Fraktionen mit mindestens 10 Mitgliedern auch ein stellvertretender Vorsitzender, mit mindestens 20 Mitgliedern auch 2 stellvertretende Vorsitzende und mit mindestens 30 Mitgliedern auch 3 stellvertretende Vorsitzende - erhalten neben den Entschädigungen, die den Ratsmitgliedern nach § 45 GO NW zustehen, eine Aufwandsentschädigung nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung. Jede Ratsfraktion erhält monatlich einen Betrag von 17,50 Euro je Fraktionsmitglied sowie einen Sockelbetrag von 50 Euro als Fraktionszuwendung gemäß § 56 GO NW.

§ 10 Genehmigung von Rechtsgeschäften

- (1) Verträge der Gemeinde mit Mitgliedern des Rates oder der Ausschüsse sowie mit dem Bürgermeister und den leitenden Dienstkräften der Verwaltung bedürfen der Genehmigung des Rates.
- (2) Keiner Genehmigung bedürfen:
 - a) Verträge, die auf der Grundlage feststehender Tarife abgeschlossen werden,
 - b) Verträge, denen der zuständige Ausschuss auf der Grundlage einer von der Gemeinde vorgenommenen Ausschreibung zugestimmt hat,
 - c) Verträge, deren Abschluss ein einfaches Geschäft der laufenden Verwaltung (§ 41 Absatz 3 GO NW) darstellt.
- (3) Leitende Dienstkräfte im Sinne dieser Vorschrift sind der Bürgermeister, seine allgemeinen Vertreter sowie die gemäß § 68 Absatz 3 Satz 1 GO NW (alte Fassung) mit der auftragsweisen Erledigung bestimmter Angelegenheiten betrauten Beamten und Angestellten.

§ 11 Bürgermeister

- (1) Geschäfte der laufenden Verwaltung gelten im Namen des Rates als auf den Bürgermeister übertragen, soweit nicht der Rat sich oder einem Ausschuss für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für einen Einzelfall die Entscheidung vorbehält.
- (2) Der Bürgermeister wird ermächtigt,
 - a) über Widersprüche gegen Verwaltungsakte der Gemeinde in Selbstverwaltungsangelegenheiten zu entscheiden;
 - b) die Pflichtigen zu den Gemeindeabgaben heranzuziehen;
 - c) Aufträge über Lieferungen und Leistungen im Werte bis zu 25.000 Euro zu vergeben;
 - d) Aufträge über Lieferungen und Leistungen für die im Haushaltsplan ausreichende Mittel zur Verfügung stehen und für die eine Ausschreibung nach VOL (Allgemeine Bestimmungen über die Vergabe von Leistungen) bzw. VOB (Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen) erfolgt ist, bis zu 100.000 Euro zu vergeben.
 - e) Geldforderungen der Gemeinde bis zur Höhe von 25.000 Euro zu stunden. Die Stundung darf nicht länger als 24 Monate gelten, darüber hinaus entscheidet der Haupt- und Finanzausschuss;
 - f) Geldforderungen der Gemeinde bis zur Höhe von 10.000 Euro aus Billigkeitsgründen zu erlassen oder vorbehaltlich späterer Geltendmachung niederzuschlagen;
 - g) Klage vor Gericht zu erheben;
 - h) gerichtliche und außergerichtliche Vergleiche über Forderungen bis zu 25.000 Euro abzuschließen.
 - i) Entscheidungen über Ausgaben über- und außerplanmäßiger Art bis zur Höhe von 15.000 Euro je Haushaltsstelle, jedoch bei überplanmäßigen Ausgaben nicht mehr als 50 von Hundert des jeweiligen Haushaltsansatzes. Insoweit gelten die Ausgaben als unerheblich gemäß § 82 O NW. Unabhängig hiervon gelten Haushaltsüberschreitungen im Einzelfall bis zu 5.000 Euro als unerheblich.

§ 12 Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinde, die durch Rechtsvorschrift vorgeschrieben sind, erfolgen durch Anschlag an der Bekanntmachungstafel am Rathaus der Gemeinde Lippetal, Ortsteil Hovestadt, Bahnhofstraße 7 und gleichzeitigen Hinweis auf die Bekanntmachung auf der Internetseite der Gemeinde Lippetal "www.lippetal.de"
- (2) Zeit, Ort und Tagesordnung der Ratssitzungen werden durch Aushang an der Bekanntmachungstafel am Rathaus der Gemeinde Lippetal, Ortsteil Hovestadt, Bahnhofstraße 7, bekannt gemacht. Bei Bestimmung der Dauer des Aushangs sind die in

der Geschäftsordnung festgelegten Ladungsfristen zu beachten. Auf den einzelnen Bekanntmachungen sind der Zeitpunkt des Aushangs und der Zeitpunkt der Abnahme zu bescheinigen. Die Abnahme darf frühestens am Tage nach der Ratssitzung erfolgen.

- (3) Ist eine öffentliche Bekanntmachung in der durch Absatz 1 festgelegten Form infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so erfolgt die Bekanntmachung ersatzweise durch Flugblätter.

Ist der Hinderungsgrund entfallen, wird die öffentliche Bekanntmachung nach Absatz 1 unverzüglich nachgeholt.

- (4) Soweit spezialgesetzliche Regelungen eine Bekanntmachung in Amtsblättern oder Zeitungen fordern, wird diese in der Tageszeitung „Soester Anzeiger“ vollzogen.

§ 13 Inkrafttreten

Die Hauptsatzung tritt mit dem Tage nach der Bekanntgabe in Kraft. Gleichzeitig tritt die frühere Hauptsatzung vom 12.12.1994 in der zuletzt gültigen Fassung vom 9.10.1995 außer Kraft.